

► **Nr. VO/2019/08164**
öffentlich

Lübeck, 11.09.2019

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der SPD Fraktion

Bearbeitung: Christine Vitzthum (E-Mail: vitzthum@spdfraktion-luebeck.de Telefon: 122-1036)

AM Schaffenberg u. Candan (SPD), Grohmann (CDU), Voht (FW): Maßnahmen gegen illegalen Drogenhandel und -konsum am Krä- henteich und im gesamten Stadtgebiet

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
17.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

1. Der in der Vergangenheit bereits erprobte Grünrückschnitt ist am Platz am Krähenteich umgehend erneut vorzunehmen und künftig ist der Bewuchs auf dem Platz fortlaufend niedrig zu halten. Ebenso sind die Grünflächen im Umfeld des Platzes künftig stärker zu pflegen.
2. Das Streemo der AWO ist 2020 umzusetzen. Benötigte Haushaltsmittel sind dafür freizugeben. Das Drogenberatungsmobil wird gestartet mit 4 Halbtagsstellen, die ebenso aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren sind. Nach einem Jahr ist ein evaluierter Bericht dem Sozialausschuss vorzulegen, um den Bedarf erfassen und gegebenenfalls anpassen zu können.
3. Der Bürgermeister ist weiterhin aufgefordert ein kommunales Konzept zum Umgang mit Suchterkrankungen in Lübeck zum Beschluss durch die Bürgerschaft vorzulegen. Insbesondere ist der Personalbedarf für ein funktionierendes Street-Working im gesamten Stadtgebiet zu ermitteln. Auch Präventionsarbeit an Schulen soll Bestandteil der Konzeption sein. Einzubeziehen sind: AWO Drogenhilfe, Vorwerker Diakonie Suchthilfe, Gemeindediakonie (Gesundheitsmobil) und Selbsthilfegruppen wie CLIC e.V.
4. Der Bürgermeister ist aufgefordert zu berichten, welche Auswirkungen die Schließung des Drogentreffpunktes Krähenteiches auf die gesamte Szene hat und wo in den nächsten Jahren Hotspots sein könnten. Insbesondere möge er berichten, welche Maßnahmen notwendig sind, um neue Hotspots mit Streetworkern und einem abgestimmten Sicherheitskonzept, analog dem Sicherheitskonzept von Hannover, entgegen zu wirken.
5. Unterjährig in 2020 relevante Finanzentscheidungen sind vor Umsetzung dem Haupt- u. Sozialausschuss zu berichten.

Begründung:

Anlagen :

Ausschussmitglied